

## Stadt will mit Klage Giftdeponie blockieren

HANNOVER. Mit einstweiliger Verfügung und Klage gegen die Bezirksregierung Hannover will die Stadt Rehburg-Loccum verhindern, daß die Giftmülldeponie Münchehagen am 1. September wieder in Betrieb geht.

Die Stadt wird in dieser Klage durch den Rechtsanwalt Reiner Geuler (bekannt durch Gorleben-Prozesse) aus der Berliner Kanzlei des Grünen-Bundestagsabgeordneten Otto Schily vertreten. In einer All-Parteien-Koalition hatte der Stadtrat einen entsprechenden SPD-Antrag einstimmig angenommen. Stadtdirektor Bernd Krüger (35): „Wir wollen die Schließung der Deponie, bis uns die Bezirksregierung mit Fakten belegen kann, daß die Auflagen für Münchehagen ausreichen und alle Gefahren gebannt sind.“ dlr

NHP  
24.8.83

27./28.08.83

4 HANNOVERSCHE ALLGEMEINE ZEITUNG

# Stadt Rehburg wehrt sich gegen den Giftmüll

Streit um Wiedereröffnung der Münchehagener Deponie wird vor Gericht fortgesetzt

Eigener Bericht

ut. Münchehagen

Die Stadt Rehburg-Loccum, auf deren Gebiet die umstrittene Sondermülldeponie Münchehagen liegt, will die Wiederaufnahme der Giftmülldeponie verhindern lassen. Der Stadtrat beauftragte jetzt in einem einstimmig gefaßten Beschluß das Anwaltsbüro des Berliner Bundestagsabgeordneten Otto Schily (Grüne), vor dem Verwaltungsgericht gegen die Bezirksregierung Hannover zu klagen, falls die Deponie in nächster Zeit wieder freigegeben wird.

Stadtdirektor Bernd Krüger sagte gestern, es sei das erklärte Ziel der Stadt, die Wiederinbetriebnahme der Deponie zu verhindern. Die Einstimmigkeit der Beschlüsse beweise, daß sich im Rat seit der Suche nach dem Seveso-Gift im April ein Meinungswandel vollzogen habe: „Heute ist jeder mit dem Herzen gegen die Deponie“, meinte Krüger.

Das Anwaltsbüro Schily wurde gleichzeitig beauftragt, eine gerichtliche Überprüfung der Plangenehmigung für die Sondermülldeponie anzustrengen. Die Bezirksregierung Hannover hatte die Sondermülldeponie 1976 in Münchehagen erlaubt, ohne ein öffentliches Anhörungsverfahren durchzuführen. Sie begründete damals ihr verkürztes Beschlußverfahren damit, daß

die Sondermülldeponie eine „unwesentliche Anlage“ sei, die höchstens eine Betriebsdauer von fünf Jahren habe.

Die Bezirksregierung Hannover kündigte nach einem Ortstermin auf der Mülldeponie an, sie werde unbeeindruckt von dem Ratsbeschuß ihre Entscheidung in Ruhe treffen. Der Sprecher der Bezirksregierung wies gestern noch einmal darauf hin, daß die Mülldeponie von den Behörden nicht geschlossen sei. Lediglich die neue Grube – der sogenannte Polder IV – dürfe so lange nicht verfüllt werden, bis eine Reihe von Sicherheitsauflagen erfüllt seien.

Ob dies geschehen ist, soll am Montag durch ein abschließendes Gutachten des Landesamtes für Bodenforschung geklärt werden. Zu den Auflagen gehört unter

anderem, daß der Polder IV (Fassungsvermögen: 140 000 Kubikmeter) am Boden und an den Seiten mit einer zusätzlichen Tonschicht zur Abdichtung versehen werden muß.

Vor kurzem war das Landesamt für Bodenforschung nach Bohrungen zu der Auffassung gekommen, daß die Deponie ausreichend dicht sei. Dagegen hatte der Aachener Professor Karl-Heinz Heitfeld in einem Gutachten für die Stadt Rehburg festgestellt, daß die Tonschichten der Deponie Schadstoffe nach außen abgeben.

Die Experten sollten vor einer Woche ihre unterschiedlichen Positionen vor der Bezirksregierung Hannover noch einmal persönlich erläutern. Prof. Heitfeld konnte an dem kurzfristig angesetzten Termin wegen einer Urlaubsreise nicht teilnehmen. Nun soll der Aachener Professor von der Bezirksregierung nachträglich im Oktober gehört werden – die Entscheidung, ob der Polder IV freigegeben wird, soll jedoch noch Anfang September getroffen werden. Der Sprecher der Bezirksregierung zu der Frage, welchen Sinn das Gespräch mit Heitfeld dann noch hat: „Das weiß ich auch nicht.“